

die Gemeindeverordnetenwahlen am 17. November d. J. stattfinden, müssen die Wahlvorschläge hiernach spätestens am 31. Oktober beim Gemeindevorstand vorliegen. Es sind nun Zweifel darüber aufgetaucht, ob mit Rücksicht darauf, daß dieser Tag ein gesetzlicher Feiertag ist, noch am 1. November Wahlvorschläge gemacht werden können. Nach der Rechtsprechung des Oberlandesgerichts gilt zwar der Grundsatz, daß dann, wenn das Ende einer Ausschlußfrist auf einen Sonntag fällt, an die Stelle des Sonntags der nächste Werktag tritt, auch für das öffentliche Recht, wenn nicht dessen Normen ausdrücklich etwas anderes bestimmen und ihrer Natur nach den Grundsatz nicht als anwendbar erscheinen lassen. Es ist indessen nicht vorauszufragen, ob die Wahlschüsse, die nach § 31 Abs. 1 der Gemeindevorordnetenwahlordnung dieser Frage berufen sind, sich die Rechtsaufsicht des Oberverwaltungsgerichts für den vorliegenden Fall anschließen werden. Bei dieser Sachlage empfiehlt es sich, die Wahlvorschläge zur Vermeidung von Wahlrechtsverletzungen spätestens am 31. Oktober bei dem Gemeindevorstand einzureichen.

Neuer Leiter der staatlichen Wasserbaudirektion. Wie wir erfahren, wird Oberbaurat Crefz (Leipzig), bisher Vorstand des Straßen- und Wasserbauamts Leipzig, Ministerialrat und Vorstand der staatlichen Wasserbaudirektion in Dresden. Er wird damit Nachfolger des kürzlich zum Ministerialdirektor im Finanzministerium ernannten bisherigen Leiters der Wasserbaudirektion Dr. Arna Sorger.

Lichtenberg, 27. Oktober. (Ehrung.) Am vergangenen Sonnabend war es Herrn Gasthofbesitzer Max Klare vergönnt, mit seiner Gattin das Fest der Silberhochzeit zu feiern. Am gleichen Tage waren es 25 Jahre, seitdem Herr Richard Gopatky bei ihm als Kellner tätig ist. Von seinem verehrten Chef wurde ihm für seine vorbildliche Treue und Aufopferung ein ansehnliches Geschenk überreicht. Möge es beiden Jubilaren vergönnt sein, noch recht lange in voller Rüstigkeit zusammen zu arbeiten. Dies ist unser innigster Wunsch!

Kamenj. (Landung eines Freiballons.) Am Sonntagnachmittag gegen 4 Uhr erfolgte auf einer Wiese zwischen dem Grünsteinwert Wiese und der Staatsstraße Kamenj-Bauzen in glatter Weise die Landung eines Freiballons, der zuvor in geringer Höhe an unserer Stadt vorbeigezogen war. Er trug die Aufschrift „Bitterfeld“ und war am Sonntag Vormittag 1/10 Uhr in Bitterfeld aufgestiegen. Seine Besatzung bestand aus zwei Herren und einer Dame. Wie man erfährt, war diese Fahrt, die einen sehr schönen Verlauf nahm und bei der eine Höhe bis zu 2000 Meter erreicht wurde, die siebzehnte des Ballonführers. Die Landung hatte schnell ein zahlreiches Publikum angelockt, das an der Verpackung des Ballons lebhaftes Interesse zeigte. Bereits mit dem Zuge 5.19 nachmittags ab Wiesa traten die Insassen des Ballons die Heimreise an, während der Ballon mit dem nächsten Güterzug abgeführt wurde.

Bauzen. (80. Geburtstag. — Berufsständische Einheitsliste.) Seinen 80. Geburtstag konnte Stadtrat F. L. Ritter begehen, der, Feldzugsteilnehmer von 1870/71, einer der ältesten inaktiven Offiziere des ehemaligen 103. Regiments ist. Stadtrat Ritter hat im kommunalpolitischen Leben Bauzens eine hervorragende Rolle gespielt. Seit 1891 Stadtvorstand, war er von 1897 bis 1919 Mitglied des Ratkollegiums der Stadt. — Zur Stadtvorordnetenwahl ist von Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Zentrums eine „Berufsständische Einheitsliste“ mit dem langjährigen Stadtvorordnetenvorsteher Lunze, M. d. L., als Spitzenkandidaten aufgestellt worden. Die Demokraten haben eine eigene Liste herausgebracht.

Dresden. (Durch Sparen zur wirtschaftlichen Freiheit.) Der Aufbau der deutschen Wirtschaft ist zum Teil mit inländischen Spargeldern, zu einem nicht unerheblichen Teil aber mit Auslandskapital durchgeführt worden. So erwünscht und unentbehrlich der Auslandskredit auch gegenwärtig sein mag — es müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um die Kapitalbildung im eigenen Lande so zu fördern, daß sie allein die berechtigten Kreditansprüche befriedigen kann. Nur wenn der Wirtschaft genügend Inlandskapital zur Verfügung steht, ist ihre ruhige Entwicklung in Stadt und Land und eine stetige Beschäftigung der arbeitenden Bevölkerung gesichert. Der Weltspartag soll diese einfachen wirtschaftlichen Zusammenhänge dem ganzen Volke zum Bewußtsein bringen. Alle Volkstreife sind an einer ausreichenden Kapitalbildung gleichmäßig interessiert. Diese Erkenntnis setzt sich erfreulicherweise immer stärker durch. Die Kapitalien, die sich bei den Geldinstituten sammeln, werden der Wirtschaft sofort wieder zugeführt; sie werden also nicht dem Verbrauch entzogen, und es entsteht keine Erwerbslosigkeit durch verminderten Warenumsatz, sondern sie werden zur Beschäftigung zahlreicher Arbeitskräfte, die ihrerseits Verbraucher sind, und zur Bereitstellung neuer Produktionsmittel verwendet. Diesen bieten vielen Volksgenossen neue Arbeitsgelegenheit. Der Weg zur wirtschaftlichen Freiheit und Selbstständigkeit führt über das Sparen. Das gilt sowohl für den Einzelnen wie für das ganze Volk. Das Ziel ist groß und rechtfertigt ungewöhnliche Anstrengungen. Darum ergeht am Weltspartag 1929 an alle die eindringliche Mahnung zu sparsamer Wirtschaftsführung und zu unermüdlicher Spartätigkeit.

Dresden. (Neue Arbeit für den Landtag.) Wie wir erfahren, haben die Aufwärtler im Landtag beantragt, die Regierung möge Mittel bereitstellen für die Selbständigmachung erwerbsloser älterer Angestellter. Ferner verlangen sie, daß die Fürsorgeverbände Vorzugsrenten und Aufwertungsrenten bis zu jährlich 270 RM nicht auf die Kleinrentenunterstützung anrechnen sollen. Zu einem dritten Antrag fordern sie einen Gesetzentwurf über die Aufwertung der Gemeindeanleihen, worin individuelle Aufwertung vorzuziehen sei.

Leipzig. (Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ über Fürst Bülow.) In dem Nachruf, den die „MN“ dem verstorbenen Fürsten Bülow widmen, wird streng getrennt die Würdigung des Staatsmannes von der des Menschen Bülow. Vom Staatsmann heißt es: „Am Anfang der Bülowschen Kanzlerschaft hatten einsichtige und weitblickende englische Staatsmänner, wie der ältere Chamberlain, Lord Lansdowne und der Herzog von Devonshire, Verständigung mit Deutschland gesucht. Am Ende der Bülowschen Kanzlerschaft war Deutschland auf das sterbende Oesterreich-Ungarn als seinen letzten Bundesgenossen angewiesen.“ Ueber den Menschen Bülow hingegen wird geschrieben: „Da ist zu sagen, daß er turmhoch über den meisten steht, die seit der Staatschiff gefährt haben. Die Kunst der Menschenbehandlung — die in der Republik so nach und nach durch die Kunst der Menschenmishandlung ersetzt zu werden scheint — wurde von ihm auf eine Höhe geführt, wie sie auf innerpolitischem Gebiet nicht immer unter Bismarck erreicht wurde.“

Dippoldiswalde. (Der ehemalige König im „Windisch-Haus“.) Der ehemalige König Friedrich August traf im Bundeserholungsheim des Sächsischen Militärvereinsbundes „Windisch-Haus“ bei Dippoldiswalde ein, wo er vom Präsidenten des Bundes, Generaloberarzt Dr. Sopp, begrüßt wurde. 1500 Kameraden brachten hierauf ihrem Schutzherrn, der die Schutzherrschaft seit 25 Jahren führt, einen Fackelzug dar. Bezirksvorsteher Verwaltungsinpektor Heil-Dippoldiswalde begrüßte den Schutzherrn und brachte auf ihn ein Hoch aus, worauf der ehemalige König dankte. Es schloß sich eine Feier im Schützenhaus an.

Reffelsdorf. (Ein Fliegenstich als Todesursache.) Der Handelsmann Paul Gärtner von hier, ein im 37. Lebensjahr stehender kräftiger Mann, war vor 14 Tagen von einer Fliege in die Hand gestochen worden. Es hatte sich Blutvergiftung eingestellt, die sich aber bald soweit besserte, daß er seinem Geschäft wieder nachgehen konnte. Plötzlich stellte sich jedoch eine Verschlimmerung ein und als der sonst gesunde Mann mit den Seinen am Kaffeetisch saß, sank er plötzlich entseelt mit dem Stuhl.

Meerane. (Eine eigenartige Wechselgeschichte.) Eine eigenartige Wechselgeschichte führte in der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums zu sehr erregten Debatten. Die bürgerliche Fraktion hatte eine Anfrage gestellt, nach der vor einiger Zeit bei der Meeraner Bank ein Wechsel auf 15 000 Mark diskontiert worden sein soll. Bezogener war das „Volkshaus Meerane“, Aussteller des Städtischen Wirtschaftsamts (Stadtrat Schleicher). Am Fälligkeitstage sei der Wechsel vom Volkshaus Meerane nicht eingelöst und bei der Stadtgemeinde zur Einlösung vorgezeigt worden. Erster Bürgermeister Dr. Rübiger wies den in der Anfrage erhobenen Vorwurf der Wechselgieberei, durch den der gute Ruf der Stadt schwer geschädigt werde, energisch zurück. Es handele sich hier um einen Wechsel, mit dem das Volkshaus eine von der Stadtziegelei bezogene Regelleistung begleiche habe. Verfehlt sei der Wechsel nicht von ihm, sondern vom Dezenterten des Wirtschaftsamtes unterzeichnet worden. Schließlich gelangte ein Antrag zur einstimmigen Annahme, in dem der Stadtrat beauftragt wird, dem Stadtverordnetenkollegium mitzuteilen, wann die Stadt den fraglichen Wechsel diskontiert hat.

Bausparen beim Sächsischen Sparkassenverband

Der Sächsische Sparkassenverband, zu dem die sächsischen Sparkassen zusammengeschlossen sind, hat sich nunmehr ebenfalls der Bausparbewegung angeschlossen, nachdem das Bausparen sich zweifellos immer mehr einbürgert und an Volkstümlichkeit gewonnen hat. Um dem Vorwurf zu begegnen, daß die Sparkassen nichts für den Wohnungsbau tun, plant man jetzt die Errichtung einer Landesbausparkasse, die alle sächsischen Sparkassen in sich vereinigen soll. Die Landesbausparkasse soll verhüten, daß wesentliche Spargelder aus unseren Gemeinden zu außerordentlich hohen Privatbausparkassen abwandern und daß die bausparenden Einwohner zu Schaden kommen, wenn eine oder die andere Privatbausparkasse sich in der Folge als ungenügend fundiert erweist. Man will auch durch das Bausparen die erstrebte Lösung des Hypothekenzinsfußes vom allgemeinen Zinsmarkt und Zinsfuß erreichen, indem die in der Landesbausparkasse zusammengefaßten Bausparer einen gerechten Ausgleich zwischen Sparzins und Hypothekenzins herbeiführen können. Man ist den demagogischen Anpreisungen privater Bausparkassen, die „zinsloses“ Geld anbieten, nicht gefolgt, sondern hat einen Zinsfuß von 4% festgesetzt, der gleichwohl für die Hypothekennahmer, als auch für die vor der Zuteilung der Baufumme eingezahlten Monatstraten gilt. Der Verwaltungslostenbeitrag beträgt den denkbaren niedrigsten Satz von 0,5%, den der Sächsische Sparkassenverband nur dank seiner bereits bestehenden Organisation durch die Sparkassen, die sofort in den Dienst dieser gemeinnützigen Sache gestellt werden, einhalten kann. Nicht zu verwechseln sind die Bausparverträge der Landesbausparkasse mit den bereits bei einigen Sparkassen bestehenden Bauspartonten, die zu einem erhöhten Satz verzinst werden. Bei diesen Bauspartonten hat der Bausparer nur die Gewißheit, eine erste Hypothek zu erhalten, während beim Sparen auf Grund eines Bausparvertrages die Zusage gegeben wird, daß eine Beleihung des Grundstückes durch eine zweite und evtl. auch eine dritte Hypothek erfolgt, sofern die Hypothek nicht über 80% des Bau- und Bodenwertes hinausgeht. Ein weiterer Vorzug der Landesbausparkasse besteht darin, daß der Bausparer die Gewähr hat, bis zu einer bestimmten Zeit spätestens die gewünschte Baufumme zu erhalten. Je weniger die Gemeinden für den Wohnungsbau tun können, da auch mit einem etwaigen Wegfall der Mietzinssteuerhypotheken einmal gerechnet werden muß, desto mehr wollen sich die Sparkassen, gemäß ihrer Tradition, in den Dienst des Wohnungsbaues stellen, zu dessen Förderung sie in erster Linie berufen sind.

Zum Tode des Fürsten Bülow.

Berlin, 28. Oktober. Alle Blätter bringen die Todesnachricht in großer Aufmerksamkeit und widmen dem verstorbenen Staatsmann ausführliche Nachrufe. Fast allgemein wird hervorgehoben, daß Fürst Bülow der glänzendste Vertreter der wilhelminischen Epoche gewesen sei und seine Begabung, sein Geist, seine Bildung und sein aristokratisches Wesen finden allgemeine Anerkennung. Die Deutsche Tageszeitung schreibt: „Bei aller diplomatischen Erfahrung und Klugheit hat Fürst Bülow die außenpolitische Aufgabe erst sehr spät in ihrer ganzen Größe erkannt und daher auch den Versuch verübt, sie durch rechtzeitige Opition zwischen Rußland und England zu bannen. Immerhin sind die entscheidenden Fehltritte jedenfalls erst nach der Amtszeit des Fürsten erfolgt. Ueber seinen Fehlschlüssen darf aber nicht die große staatsmännliche Leistung Bülows verkannt werden, die ihnen vorausging; und ebenjowenig die Tatsache, daß in ihm nach dem politischen Feldwebel Caprivi und dem müden Fürsten Hohenlohe

wieder eine Persönlichkeit von Geist und Kraft, eine Reihe von Jahren hindurch mit glücklicher Hand das Steuer des deutschen Reiches gelenkt hat.“

Die Deutsche Allgemeine Zeitung: „Bewußt entfernt hat sich Bülow von der Bismarckschen Politik mit der grundsätzlichen Einleitung auf einen Bevölkerungsüberschuß und zunehmender Industriealisierung aufgebaut, wegen unerer Mittel-lage aber jedem Imperialismus abholden Selbstpolitik.“

Wossische Zeitung: „Nie hat er Situationen geschaffen, er sah sich ihnen stets nur gegenüber. Dann hat er sie allerdings für den Augenblick meisterlich gemeistert. Als Kanzler Wilhelms I. fehlte ihm der Rückhalt eines Parlaments, das seiner Willensäußerung auch die Machtäußerung folgen lassen konnte. Einer der kultiviertesten geistreichen und belebten Menschen.“

Berliner Tageblatt: „Häufig hat man sich mit der Frage beschäftigt, ob Fürst Bülow, wäre er fünf Jahre länger am Ruder geblieben, den Krieg verhindert hätte. Sodiel ist sicher, daß der geschickte und vielgewandte eine so dilettantische Improvisation, eine diplomatisch so mangelhaft vorbereitete Aktion wie die des Juli 1914 niemals zugelassen hätte. So bleibt er einer der hervorragendsten Repräsentanten der Kaiserzeit, nächst Bismarck der bedeutendste und interessanteste Kanzler und, was mehr ist, eine Persönlichkeit, die auch ohne Amt und Würden zu den treffendsten Erscheinungen ihrer Zeit gehört.“

Berliner Lokalanzeiger: „Duldsamkeit und Verständnis für Ansichten, die von den Seinigen abwichen, waren der hervorstechendste Zug seines Wesens.“

Germania: „... der zweifellos fähigste Staatsmann der Kaiserlich-wilhelminischen Ära. Er trat offen mit dem Bekenntnis hervor, daß man dem katholischen Volksteil die volle Gleichberechtigung auch in der Provinz nicht vorenthalten könnte, daß Staat und Reich die Kräfte der Katholiken nicht so wie bisher für ihren Dienst brachliegen lassen dürften.“

Vorwärts: „So weltmännlich er sich zu geben pflegte, so zynisch wogelnd er die schwierigsten Dinge zu meistern suchte, so wenig kam er innerlich los von den Vorstellungen der preussischen Herrschaft. So blieb Bülow trotz gewisser Begabungen für die Politik des kaiserlichen Deutschland verloren.“

Löbe zum Tode des Fürsten Bülow

Berlin, 28. Oktober. Reichstagspräsident Löbe hat aus Anlaß des Ablebens des früheren Reichskanzlers Fürsten von Bülow folgendes Beileidstelegramm an den Bruder des Verstorbenen gesandt: „Namens des zur Zeit nicht versammelten Reichstages beehre ich mich, Ihnen und Ihren Geschwistern zum Ableben Ihres Herrn Bruders, des Fürsten von Bülow, der während seiner Amtszeit als Reichskanzler und als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes dem Deutschen Reich viele Jahrzehnte hindurch an den ersten Stellen hervorragende Dienste geleistet und dem Reichstag nahegestanden hat, den Ausdruck aufrichtiger Teilnahme auszusprechen.“

Die französ. Presse zum Tode Bülows

Paris, 28. Okt. Die Pariser Abendblätter widmen dem verstorbenen Fürsten Bülow längere Artikel, in denen sie vor allem den Hof hervorheben, mit dem der ehemalige deutsche Kaiser dem Kanzler gegenüber gestanden habe. Der „Tribune“ betont, daß, wenn Bülow auch kein zweiter Bismarck gewesen sei, er doch zusammen mit Guleburg und Holstein eine Reihe von Jahren die Macht in Deutschland in den Händen gehabt habe. Von außerordentlicher geistiger Regsamkeit, sei er ein gewiegter Diplomat gewesen, den als letzter noch Stresemann mit den Worten gelobt hatte, daß die Lebendigkeit seines Geistes, seine vornehme Beredamkeit und seine Liebenswürdigkeit, die heute so selten seien, ihm sehr viele Freunde im Ausland geschaffen hätten. Auch die „Liberte“ hebt die außerordentliche Intelligenz des Kanzlers hervor, der durch seinen persönlichen Charme in Staaten viele Freunde gefunden habe. Dementsprechend sei sein Werk „Die deutsche Politik“, das kurz vor dem Kriege ins Französische übersetzt worden sei. Der „Temps“ meint, daß Dr. Stresemann der größte Minister der deutschen Republik gewesen sei, Bülow neben Bismarck der größte des Kaiserreiches. Frankreich werde aber ihm niemals die theatralische Ausschiffung des ehemaligen Kaisers in Tanger im Jahre 1905 vergessen, die eine Einigung in Marokko unmöglich gemacht habe. Auch sei er es gewesen, der die Oesterreicher so von der Unterzeichnung Deutschlands abzuhalten hätte, daß diese nach dem Mord von Sarajewo den großen Schlag gewagt hätten. Das „Journal de Debats“ weist Bülow vor, daß sein Einfluß auf den Kaiser nicht zuletzt den Ausbruch des Krieges verschuldet habe.

Abtransport der deutschen Abwanderer aus der Sowjetunion

Berlin, 29. Oktober. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Moskau, hat die Sowjetregierung jetzt die Erlaubnis zur Ausreise der vor Moskau versammelten deutschen Bauern aus verschiedenen Ländern des Sowjetgebietes erteilt. Mit dem Abtransport sollte am Dienstag begonnen werden. Die etwa 6000 deutschen Bauern, die zum größten Teil der Sekte der Mennoniten angehören, wenden sich nach Kanada, wo ihre Glaubensgenossen schon seit längerer Zeit über größere Mengen Farmland verfügen, daß in gleicher Weise den in nächster Zeit enttreffenden Auswanderern aus der Sowjetunion zu landwirtschaftlicher Betätigung überlassen werden wird.

Weiter langsame Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Berlin. In der ersten Oktoberhälfte ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 749 000 auf 784 000, d. h. um rund 35 000 oder 4,7 Prozent gestiegen. Die Zunahme beschränkte sich wieder ausschließlich auf die Männer und betraf sich bei diesen auf 36 000 oder 6,3 Prozent. Bei den Frauen fand auch diesmal eine — wenngleich sehr geringe — Abnahme (um rund 700 Personen) statt.

Die Ablösung der deutschen Ansprüche an Amerika.

Washington. Die gerichtlichen Vorarbeiten über die deutschen Ansprüche aus den während des Krieges in Amerika beschlagnahmten deutschen Schiffen und 6200 Patente machen rasche Fortschritte und dürften in etwa sechs Monaten abgeschlossen sein. Nach amerikanischem Gesetz dürften die deutschen Entschädigungsforderungen nur bis zu einer Gesamthöhe von hundert Millionen Dollar bewilligt werden.

Die täglichen Deutschen-Enteignungen in Polen.

Posen. Nachdem die polnische Enteignungsmaschine eine Zeitlang wenigstens zum Stillstand gekommen war, weil man anscheinend mit der großen Aktion gegen die sportliche Erziehung der deutschen Jugend vollauf in Anspruch genommen war, ist neuerdings die Beschlagnahme deutschen Grundbesitzes wieder aufgenommen worden. Sowohl der „Monitor Polski“ vom 23. Oktober als auch derjenige vom 24. Oktober geben eine ganze Reihe von ländlichen Besitzungen bekannt, deren deutsche Eigentümer enteignet werden. Im ganzen wurden davon wieder zwölf deutsche Landwirte betroffen.

Japanisch-chinesischer Grenzzwischenfall

Im Gebiete der japanischen südmandschurischen Bahn

